



Sigrid Beer MdL  
Bildungspolitische Sprecherin



## Pluspunkt Bildung November 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

kein Wunder, dass CDU und besonders FDP in Verbindung mit der Koalition der Unfähigkeit und Fehlsteuerung auf Bundesebene in NRW an Zustimmung verlieren, wie die neueste Umfrage des WDR-Politmagazins Westpol aufzeigt. Bildungspolitik ist dabei eine Achillesferse der schwarz-gelben Landesregierung.

Da versucht die Schulministerin, den LehrerInnen die Schuld für die Auswirkungen der verkorksten Schulzeitverkürzung am Gymnasium in die Schuhe zu schieben. Der Wissenschaftsminister Pinkwart muss schließlich doch eingestehen, dass es erhebliche Mängel bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses gibt. Die Auswirkungen des Hochschulfreiheitsgesetzes verschärfen die Problematik.

Wir lassen der Landesregierung hier nichts durchgehen und werden sie in der Diskussion stellen. Es wird spannend bei der Landtagswahl

In diesem Sinne  
grüßt Sie/Euch

**Sigrid Beer**

### Inhaltsverzeichnis

- Bildungsstreik und Schulreformgegnbewegung
- Ministerin Sommer watscht die LehrerInnen ab
- Grüne Initiative zum Haushalt: Bildungs-Soli soll Solidarbeitrag Ost ersetzen
- Die Schule im Dorf lassen - Der Druck von unten wächst
- Demographischer Wandel beschleunigt den notwendigen Systemwechsel
- Repräsentative VBE-Meinungsumfrage zur Zukunft der Hauptschule
- Gastkolumne Sylvia Löhrmann MdL: "Klein anfangen - groß rauskommen"
- NRW muss UN-konform werden - Ministerin wie gewohnt mit Trippelschritten
- Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zur Inklusion?
- Förderschulen: Hoher Finanzbedarf, wenig Perspektiven für Schüler
- Bedenkliche Stellenbesetzungen in NRW-Schulen
- Lernmittelfreiheit wieder herstellen!
- Flyer Landeselternkonferenz NRW
- Lesetipps
- Terminhinweise
- Und zum guten Schluss

## **Bildungsstreik und Schulreformgegenbewegung**

Während SchülerInnen und Studierende im Bildungsstreik sich u.a. für mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem stark machen, wird in Hamburg gegen eine entsprechende Schulreform mobil gemacht. Christian Füller hat dazu in der TAZ zugespitzt kommentiert: <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/von-eltern-und-studenten>

Eine romantische Verklärung der Bildung ist bei den Protestierenden an der Uni Paderborn jedoch nicht abzulesen. Sie wollen einen studierbaren Bachelor, keine Limitierung beim Masterzugang und wissen, was mit ihren Studiengebühren gemacht wird. Der Gegenwert ist bei dem chaotischen Semesterbeginn in Paderborn nicht zu erkennen. Wir Grüne wollen nicht nur die Studiengebühren abschaffen, wir wollen die Entdemokratisierung der Hochschulen stoppen. Auch in dieser Beziehung ist die Universität Paderborn ein unrühmliches Beispiel.

Siehe dazu auch:

[Antworten des Präsidiums auf den Fragen- und Forderungskatalog der Vollversammlung der Studierenden der Universität Paderborn](#)

[Pressemitteilung vom 18.11.09 " Abwiegeln und Beruhigungsspielen verteilen, das ist das Motto", 'Sigrid Beer MdL](#)

[Pressemitteilung vom 17.11.09 "Grüne zum Bildungsstreik - Studiengebühren weg und umsteuern in der Schulpolitik!", Dr. Ruth Seidl MdL und Sigrid Beer MdL](#)

## **Ministerin Sommer watscht die LehrerInnen ab**

### **„Zu viel Schulstress durch das Turbo-Abitur“**

Das Interview mit Barbara Sommer im „Morgenecho“, WDR 5 am 19.11.09 hat für neuen Wirbel gesorgt. Schließlich erfahren wir, dass die Landesregierung alles richtig gemacht hat, und die Lehrkräfte nur zu XXXX sind, es umzusetzen. (Bitte in den Leerraum "XXXX" Ihren/Euren Lieblingsbegriff einsetzen)

Hier das Interview:

[http://www.wdr5.de/fileadmin/user\\_upload/Sendungen/Morgenecho/2009/11/Manuskripte/11\\_19\\_Sommer.pdf](http://www.wdr5.de/fileadmin/user_upload/Sendungen/Morgenecho/2009/11/Manuskripte/11_19_Sommer.pdf)

Wir haben die unsäglichen Äußerungen eindeutig kommentiert:

[Pressemitteilung 19.11.09 "Sommer zum Bildungsstreik - Löhrmann: Mieses Schwarzer-Peter-Spiel statt Verantwortung!](#)

## **Grüne Initiative zum Haushalt: Bildungs-Soli soll Solidarbeitrag Ost ersetzen**

Angesichts der drängenden Zukunftsaufgabe Bildung ist es erforderlich, eine solide und dauerhafte Finanzierung von Bildungsinvestitionen abzusichern. Es kann nicht sein, dass CDU und FDP im Bund und im Land von einer Bildungsrepublik schwadronieren, während gleichzeitig den Ländern und Kommunen als Träger dieser Leistungen die Finanzierungsbasis systematisch entzogen wird. Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich im Bund dafür einzusetzen, dass der Soli Ost ab dem Jahr 2010 sukzessive durch einen Bildungs-Soli ersetzt wird. Die überschüssenden Mittel aus dem Soli Ost, die eindeutig nicht mehr im bisherigen Umfang zum Aufbau der Ost-Infrastruktur erforderlich sind, müssen zur Finanzierung von Bildungsaufgaben verwendet werden.

Wir Grüne wollen Zukunft und damit vor allem Bildung finanzieren und nicht die Klientel der Besserverdienenden bedienen. Mit unseren Anträgen legen wir einen Schwerpunkt auf die Finanzierung besonders dringender Bildungsaufgaben.

Wir unterstützen die Kommunalen Spitzenverbände bei ihrer Klage gegen die Einbehaltung von 43,8 Millionen Euro für den Ausbau der U 3 Plätze im Kindertagesstättenbereich und werden einen entsprechenden Änderungsantrag einbringen.

Im Schulbereich wollen wir eine Verstärkung des Ganztagsausbaus. Außerdem muss endlich ein Mittagessen in den Schulen angeboten und mit zunächst 62,5 Millionen Euro für Kinder aus finanzschwachen Familien finanziert werden.

NRW muss zumindest einen ersten Schritt zur Umsetzung der UN-Charta für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern gehen. Daher fordern wir die Aufstockung der Mittel für die Regelschulen in Höhe von 68 Millionen Euro. Im Gegenzug kann der Ansatz für die Förderschulen abgesenkt werden.

Ferner wollen wir endlich die bildungsfeindlichen und die soziale Spaltung verschärfenden Studiengebühren abschaffen. Das Gesetz soll am 10. Mai 2010 in Kraft treten, um bereits zum Wintersemester 2010/2011 die Gebühren aufzuheben. Dies erfordert 100 Millionen Euro zur Gegenfinanzierung.

Mit unseren Änderungsanträgen und unserem Vorschlag für einen Bildungs-Soli setzen wir ein klares Zeichen für einen bildungspolitischen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen. Der rückwärtsgewandten und klientelorientierten Politik von CDU und FDP erteilen wir eine klare Absage. Die öffentlichen Haushalte müssen dauerhaft solide finanziert werden. Steuergeschenke zu Lasten der Länder und Kommunen lehnen wir entschieden ab. Wir fordern Bildung statt Steuergeschenke.

Siehe ausführlicher [Pressemitteilung](#) vom 11.11.09 und [Sprechzettel](#) von Sylvia Löhrmann MdL zur Pressekonferenz am 18. November 2009

### **Die Schule im Dorf lassen - Der Druck von unten wächst**

Für viele Gemeinden ist es eine Frage des Überlebens: Die Schule vor Ort entscheidet über die Attraktivität im Wettbewerb der Kommunen um Zuzug und Ansiedlung. Deshalb sehen sich immer mehr Kommunen veranlasst, neue Wege zu gehen. Jüngstes Beispiel ist Ascheberg im Münsterland, wo nicht nur Bürgermeister und Rat, sondern auch die Eltern in deutlicher Mehrheit für eine "Profilschule" eintreten. Sie soll das mehrgliedrige Schulsystem überwinden, um die "Schule im Dorf" zu lassen - mit einem umfassenden Bildungsangebot. Das mit Fachleuten entwickelte Konzept ist exzellent. Es entspricht dem Wunsch der Eltern und der Unternehmen nach umfassenden Bildungsangeboten vor Ort. Und auch in den Städten wächst der Druck angesichts der dramatisch zurückgehenden Anmeldezahlen an Hauptschulen. Selbst CDU-PolitikerInnen wie jüngst in Essen, klagen über das "schwache Schulsystem, und das bricht gerade zusammen".

Das zeigt einmal mehr: Stadt- und Gemeinderäte, CDU-Bürgermeister, Eltern und Unternehmen sind weiter als die von CDU und FDP geführte Landesregierung. Wir appellieren an Ministerpräsident Rüttgers, endlich die Blockade seiner Regierung aufzugeben, damit innovative Schulentwicklung in NRW möglich wird.

Doch die Landesregierung hält an ihrer verfehlten Politik und der Qualitätsoffensive Hauptschule fest. Dass der Rückgang der SchülerInnenzahlen nicht mit der Qualität der Lehre zu tun haben muss, zeigt die Tatsache, dass auch ausgezeichnete Hauptschulen betroffen sind. Doch die Landesregierung bleibt in ihrer Ideologie gefangen und redet von Erfolgen. Hierbei ignoriert sie auch die jüngsten Prognosen und Befragungen.

### **Demographischer Wandel beschleunigt den notwendigen Systemwechsel**

Die am 6.11.09 veröffentlichte [Prognose der Bertelsmann Stiftung](#) belegt: Bis zum Jahr 2025 wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren von knapp 11 Millionen um rund 2 Millionen auf künftig 9 Millionen zurückgehen. "Auch wenn es große regionale Unterschiede gibt, werden Länder, Städte und Gemeinden bei der Bildungsplanung neue Wege gehen müssen", betonte Vorstandsmitglied Dr. Brigitte Mohn bei der Freischaltung der neuen Daten im "Wegwei-

ser Kommune". "Durch den massiven Rückgang der Schülerzahlen dürfte vor allem das dreigliedrige Schulsystem weiter unter Druck geraten", sagte Mohn. Das gegliederte Schulsystem ist damit nicht nur sozial ungerecht und leistungsfeindlich, das Separieren der Kinder im Alter von neun Jahren zudem teuer und ineffizient. Das gegliederte Schulsystem ist auch aus demographischen Gründen einfach nicht zukunftsfähig.

### **Repräsentative VBE-Meinungsumfrage zur Zukunft der Hauptschule**

Hauptschullehrkräfte und Hauptschulleiterinnen und -leiter wollen mehrheitlich Veränderungen. Sie glauben nicht, dass die Qualitätsoffensive Hauptschule ihre Schulform attraktiver machen und den stetigen Rückgang der Anmeldezahlen stoppen kann. Dieses Resümee zieht der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann aus den [Ergebnissen der VBE-Meinungsumfrage zur Zukunft der Hauptschule](#), die von Ende September bis Anfang Oktober durchgeführt wurde. Über 90 Prozent der Schulleiterinnen und Lehrkräfte an Hauptschulen sehen für ihre Schulform keine Zukunft. Und über 90 Prozent der Schulleitungen erklären die 'Qualitätsoffensive Hauptschule' der Landesregierung für gescheitert. Die dramatisch einbrechenden Anmeldezahlen belegen dies einmal mehr.

In einer aktuellen Erklärung bezeichnete Ministerin Sommer die Hauptschule jedoch weiter "als tragende Säule des gegliederten Schulsystems". An dieser Stelle geben wir der Ministerin ausnahmsweise Recht: Wenn die Hauptschule wegbricht, gerät das gegliederte Schulsystem insgesamt ins Wanken.



### **Gastkolumne Sylvia Löhrmann MdB: "Klein anfangen - groß rauskommen"**

Am 11.11. startete die Weiterbildungsoffensive NRW mit der Kampagne "klein anfangen - groß rauskommen". Ziel ist es, mehr Menschen für Weiterbildung zu interessieren und insbesondere diejenigen zu erreichen, die bislang noch keine Angebote der Weiterbildung wahrgenommen haben.

Die Weiterbildungsbeteiligung muss in Deutschland nachhaltig gesteigert werden. Die Anforderungen der Wissensgesellschaft steigen schneller als früher, und die Erstausbildung allein trägt niemanden mehr durchs ganze Berufsleben. Darauf muss sich die Gesellschaft, darauf

muss sich jede und jeder einzelne einstellen.

Das Leitbild lebensbegleitenden Lernens soll dabei durch möglichst konkrete und wirksame Schritte erreicht werden: Dazu zählt auch ein verlässlicher finanzieller Rahmen durch das Land.

Die große Vielfalt und Pluralität der Angebote ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Flexibilität und Zugänglichkeit der Angebote sind damit gesichert. Klar ist: Weiterbildung muss mittelfristig zur vierten Säule des Bildungssystems werden, neben Kita, Schule, Ausbildung und Studium.

Die Grundlagen dazu müssen schon früh – mit einem besseren und größeren Angebot frühkindlicher Bildung und begleitender Elternbildung – gelegt werden. Durch die Förderung der politischen Bildung oder durch Maßnahmen zum interkulturellen Dialog soll die Problemlösungskompetenz der demokratischen Gesellschaft insgesamt gestärkt und ausgebaut werden.

Es ist ein gutes Zeichen, dass der Start der Weiterbildungsoffensive mit einer gemeinsamen Pressekonferenz aller vier Fraktionsvorsitzenden des Landtags begleitet wurde und auch vor Ort überparteiliche Unterstützung bekundet wurde.

In der Frage der finanziellen Unterstützung von Landesseite ist leider keine gemeinsame Linie in Sicht. Schwarz-gelb hat entgegen der Zusagen vor der Wahl erhebliche Kürzungen im Weiterbildungsetat vorgenommen. Als Grüne fordern wir, den Lippenbekenntnissen zur Bedeutung der Weiterbildung auch Taten folgen zu lassen und wenigstens zum Haushaltsansatz von 2005 zurückzukehren.

[www.nrw-weiterbildungsoffensive.de](http://www.nrw-weiterbildungsoffensive.de)

### **NRW muss UN-konform werden - Ministerin wie gewohnt mit Trippelschritten**

Für Überraschung sorgte Ende Oktober die Kehrtwende des Schulministeriums beim Thema Inklusion. Wurde bislang auch bei Kindern mit Behinderungen das Hohe Lied der Aussonderung gesungen, so ist man nun bereit, der Forderung der UN-Konvention für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu entsprechen und ein Recht auf Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen zu akzeptieren.

Allerdings erfolgte die Kehrtwende wiederum nur halbherzig. Denn das Elternrecht, die eigenen Kinder auf Regelschulen anmelden zu können, soll erst einmal nur mittelfristiges Ziel sein. Für eine wirkliche Umsetzung des Elternrechts wäre neben baulichen Maßnahmen an Schulen vor allem ein massives Umsteuern in der Lehrerversorgung nötig: SonderpädagogInnen müssten von Förderschulen zu Regelschulen wechseln. Die Landesregierung plant allerdings für 2010 die Zahl dieser Fachkräfte an Regelschulen lediglich um 25 zu erhöhen. Bei über 12.000 Lehrkräften an Förderschulen ist das nicht einmal eine halbe Stelle je Kreis bzw. kreisfreie Stadt, nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein. So werden noch nicht einmal die bestehenden Erweiterungsbedarfe gedeckt - von Qualitätsverbesserungen ganz zu schweigen. So wird das Recht auf Gemeinsamen Unterricht in der Praxis nicht umgesetzt werden können.

### **Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zur Inklusion?**

Schon im August 2007 hat die Grüne Fraktion den [Antrag](#) eingebracht, der das Recht auf Gemeinsamen Unterricht fordert. Darin wird formuliert:

#### **"Der Landtag fordert die Landesregierung auf:**

- darauf hinzuwirken, dass im Bundesrat die Ratifizierung der UN-Deklaration für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zügig und uneingeschränkt erfolgt;
- ein Transformationskonzept zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in NRW vorzulegen, mit dem Ziel, den sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen zu gewährleisten;
- die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen massiven Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen zu schaffen;
- Schulen und Schulträger aktiv bei der Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichts und von integrativen Lerngruppen zu beraten und zu unterstützen;
- eine Initiative zur Beförderung der Akzeptanz des Gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen und in der Öffentlichkeit aufzulegen."

Die Anhörung am 20.5.2009 hat die Regierungsfaktionen bewegt. Sie sind auf uns zugekommen und haben einen gemeinsamen Antrag vorgeschlagen. Diesem Wunsch haben wir uns nicht verschlossen. Wir wollen die Chance nutzen, dass nicht nur ein fraktionsübergreifendes politisches Signal gegeben wird, dass Inklusion der Auftrag an das gesamte Schulsystem ist und in der Politik nicht mehr bestritten wird.

Wir wollen, dass die notwendigen Schritte zur Umsetzung der UN-Konvention nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Der Inklusionsprozess muss unverzüglich beginnen. Die Verhandlungen über den Antragstext sind noch nicht abgeschlossen. Am 9.12. soll der Antrag endgültig im Schulausschuss beraten werden. Es ist klar, dass wir einer Hinhaltetaktik nicht zustimmen werden.

Unterdessen unterstreicht die aktuelle Studie von Klaus Klemm den Handlungsbedarf:

### **Förderschulen: Hoher Finanzbedarf, wenig Perspektiven für Schüler**

2,6 Milliarden Euro pro Jahr geben die deutschen Bundesländer für zusätzliche Lehrkräfte an Förderschulen aus. Trotzdem bleiben 77 Prozent der Förderschüler ohne Hauptschulabschluss. Nur wenige von ihnen schaffen den Sprung zurück auf eine allgemeine Schule. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle [Studie](#) von Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Die Untersuchung belegt zugleich anhand von internationalen und nationalen Studien: Je länger ein Schüler eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen besucht, desto ungünstiger entwickeln sich seine Leistungen. Allein in diesen Förderbereich gehen jährlich 800 Millionen Euro.

Laut der Studie des Bildungsforschers Klemm erzielen hingegen Kinder mit besonderem Förderbedarf beim Lernen, die gemeinsam mit Kindern ohne Förderbedarf lernen und leben, im Vergleich deutlich bessere Lern- und Entwicklungsfortschritte. Und auch die Kinder ohne Förderbedarf profitieren vom gemeinsamen Unterricht, indem sie höhere soziale Kompetenzen entwickeln - ohne dass sich ihre fachbezogenen Schulleistungen von den Leistungen in anderen Klassen unterscheiden.

### **Bedenkliche Stellenbesetzungen in NRW-Schulen**

Das Schulministerium führte am 02.11.09 eine neue Regelung zur Besetzung von Lehrerstellen ein. Dabei werden BewerberInnen schon vor dem zweiten Staatsexamen für Stellen am Gymnasium ausgewählt, vorbehaltlich eines später erfolgreich abgelegten Examens. Hierbei genügt schon ein ausreichend. Damit ist klar: Das zweite Staatsexamen ist für die Landesregierung zweitrangig. Dabei wird gerade hier geprüft und bewertet, in wie weit die BewerberInnen in der Lage sind, gut zu unterrichten.

In der Fragestunde wollten wir wissen, wie die Landesregierung den Widerspruch zum geltenden Beamtenrecht, das Bestenauslese vorschreibt, aufheben will (siehe [Mündliche Anfrage](#)). Doch Problembewusstsein war wie so oft bei der Landesregierung nicht gegeben. Es bleibt der Eindruck, dass hier Gymnasien ruhig gestellt werden sollen. Doch eine Besetzung von Stellen mit wenig qualifizierten LehrerInnen schadet der Qualität von Unterricht.

Dazu kommen die Steuerungsprobleme bei der Stellenbesetzung. Hier ein Blick auf die LEO-Seite im Schulportal des Ministeriums. Inzwischen hat die Bezirksregierung Düsseldorf eingestanden, dass 600 Stellen falsch bei Schulen gelandet sind, so dass andere Schulen jetzt in die "Röhre" gucken. Wie jetzt zurückumverteilt werden soll, wird spannend. Noch niemand hat erklärt, warum z. B. in Detmold oder Köln überhaupt keine Stellen für die Grundschule ausgeschrieben worden sind. Kaum vorstellbar, dass auch der Bedarf gleich "Null" ist.

<b>Ausgeschriebene Stellen im aktuellen Verfahren (Stand: 20.11.2009)</b>						
Schulform	Bezirk					Gesamt
	Arnsberg	Detmold	Düsseldorf	Köln	Münster	
Grundschule	58	0	0	0	11	69
Vertretungsreserve	74	0	0	0	52	126
Hauptschule	53	0	0	29	36	118
Realschule	68	8	0	115	88	279
Gesamtschule	158	48	547	123	41	917
Gymnasium	285	137	517	322	288	1549
Förderschule	87	36	0	75	61	259
Berufskolleg	103	31	54	53	67	308
Weiterbildungskolleg	1	4	17	3	1	26
Zusammen	887	264	1135	720	645	3651

Siehe hierzu auch unsere [Pressemitteilung](#) vom 20.11.09 "Durchblick verloren: De-saster bei Stellenausschreibung"

Außerdem hier ein Blick in das Programm "INES", das Portal, in dem Schulen nach Lehrkräften suchen können. Hier blinkt es einem gleich rot entgegen. Das kommt aktuell z. B. dabei heraus, wenn nach einer Lehrkraft SEK II gesucht wird:

#### Informationen zu möglichen Kandidaten

Für die von Ihnen ausgeschriebene Wertigkeit **Sekundarstufe II** und Fächer bzw. Fächerkombinationen wurden **landesweit** folgende Informationen gefunden:

##### Deutsch, beliebig

Für diese Fächerkombination ist die Kapazität an Bewerberinnen und Bewerbern beschränkt. Es kann vorkommen, dass Schulen unabhängig von Standort und Schulform keine (oder keine geeigneten) ausgebildeten Lehrkräfte finden.

Eine Öffnung für den Seiteneinstieg und/oder für Zertifikatskräfte erscheint sinnvoll (insbesondere, wenn die Stelle bereits erfolglos ausgeschrieben wurde).

##### Englisch, beliebig

Für diese Fächerkombination ist die Kapazität an Bewerberinnen und Bewerbern gering. Es ist wahrscheinlich, dass Schulen keine (oder keine geeigneten) ausgebildeten Lehrkräfte finden.

Eine Öffnung für den Seiteneinstieg und/oder für Zertifikatskräfte wird dringend empfohlen (insbesondere, wenn die Stelle bereits erfolglos ausgeschrieben wurde).

##### Mathematik, beliebig

Für diese Fächerkombination ist die Kapazität an Bewerberinnen und Bewerbern sehr gering. Die Mehrzahl der Schulen wird keine ausgebildete Lehrkräfte finden.

Eine Öffnung für den Seiteneinstieg und/oder für Zertifikatskräfte ist dringend erforderlich.

##### Spanisch, beliebig

Für diese Fächerkombination ist die Kapazität an Bewerberinnen und Bewerbern erschöpft. Es kann nahezu ausgeschlossen werden, dass eine ausgebildete Lehrkraft gefunden wird.

Eine Öffnung für den Seiteneinstieg und/oder für Zertifikatskräfte ist zwingend erforderlich.

##### Physik, beliebig

Für diese Fächerkombination ist die Kapazität an Bewerberinnen und Bewerbern erschöpft. Es kann nahezu ausgeschlossen werden, dass eine ausgebildete Lehrkraft gefunden wird.

Eine Öffnung für den Seiteneinstieg und/oder für Zertifikatskräfte ist zwingend erforderlich.

... Bewerber/innen ohne entsprechende Lehramtsbefähigung (ohne Erste und Zweite Staatsprüfung für ein Lehramt) bewerben sich ausschließlich bei der ausschreibenden Schule."

### **Lernmittelfreiheit wieder herstellen!**

Seit Jahren klagen Eltern und Kommunen, dass die Lernmittelfreiheit ausgehöhlt wird. Steigende Preise bei Büchern und Materialien stehen stagnierenden Zuschüsse gegenüber. Hinzu kommen aufwändigere Materialien, die auf die neuen pädagogischen Herausforderungen wie individuelle Förderung reagieren. Ohne Elternbeiträge und "Kopierumlagen" ist der Schulbetrieb oft kaum aufrechtzuerhalten. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, mit den Kommunalen Spitzenverbänden dringend über eine Neuregelung der Lernmittelfreiheit zu verhandeln. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, schon jetzt die Familien im Bezug von ALGII (bzw. nach Asylbewerberleistungsgesetz) von der Eigenleistung zu befreien und hierfür die Kosten zu tragen.

Siehe unseren [Antrag](#) und [Plenardebatte](#) vom 7.10.09

### **Flyer Landeselternkonferenz NRW**

Die Landeselternkonferenz NRW hat ihren Flyer, in dem sie sich und ihre Arbeit vorstellt, neu erstellt: siehe Anhang.

### **Lesetipps:**

#### **Die „Bildungsrepublik“ als bildungspolitische Bananenrepublik**

Bildung gehört neben Wachstum und Zusammenhalt zur Überschrift des schwarz-gelben [Koalitionsvertrages](#) und im Kapitel II. taucht das Schlagwort der Kanzlerin von der „Bildungsrepublik Deutschland“ wieder auf. Wie in vielen anderen Feldern auch besteht eine riesige Kluft zwischen dem bemühten Pathos und den konkreten Vorschlägen. Lesen Sie hierzu die treffende Analyse von Wolfgang Lieb auf den NachDenkSeiten unter <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4307>

#### **Koalitionen im Bildungsstreit - Schulkampf wird wieder angeheizt**

Schwarz-Gelb ist darin erfahren, wie man Schulreformen zugrunde richtet. Obwohl die Hälfte der Länder versucht, ihren Schulverhau aufzuräumen, machen Kiel und Berlin das Gegenteil. Siehe von C. Füller in der [taz vom 14.10.09](#)

### **Terminhinweise:**

#### **LAG Schule/Bildung**

05.12.09, 11 Uhr, im Kreisbüro Neuss

#### **BAG Schule/Bildung**

5./6.02.2010, Erfurt

### **Weitere Termine:**

- **25.11.09** [Grüne Kempen](#), "Schulstruktur in Kempen"
- **28.11.09** ‚Kompetenzzentren sonderpädagogische Förderung‘ auf dem Weg zur Inklusion? Fachtagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen in Oberhausen, siehe [Programm](#)
- **4.12.2009**, 15.00 -17.00 Uhr, [Kommunalkonferenz der Landtagsfraktion](#)
- **11.12.09** Grüner Salon, Bochum zu grüner Schulpolitik
- **29.01.10**, 16.00-19.00 Uhr, Schulpolitischer Ratschlag der Landtagsfraktion

## **Ausblick auf das neue Jahr im Schulausschuss: Anhörungen zu grünen Anträgen**

**13.01.10, 10.30 Uhr** zum [Antrag](#) "Oh wie schön ist Kanada - Gute Integration braucht gute Schulen"

**13.01.10, 14 Uhr**, zum [Antrag](#) " Elternmitwirkung stärken – Landeselternrat einführen"

**27.01.10, 14 Uhr**, zum [Antrag](#) "Staatlich verordnete Hellseherei abschaffen"

### **Und zum guten Schluss:**

#### **Wachstumsbeschleunigungsgesetzes**

- Wachstumsbeschleunigungsgesetz
- Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetz
- Genkartoffelwachstumsbeschleunigungsgesetz
- Atommüllwachstumsbeschleunigungsgesetz
- Straßenundflugverkehrwachstumsbeschleunigungsgesetz
- Klimawandelwachstumsbeschleunigungsgesetz
- Abstandzwischenarmundreichwachstumsbeschleunigungsgesetz

(Axel Mayer, BUND Freiburg)

#### **Abbestellen des newsletters:**

Wenn Sie meinen newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte Rückmeldung an [petra.tebbe@landtag.nrw.de](mailto:petra.tebbe@landtag.nrw.de)

#### **Sigrid Beer MdL**

Fraktion B90/Die Grünen im Landtag

**Sprecherin für Bildungs-,**

**Kirchenpolitik und Petitionsangelegenheiten**

Fon: 0211-884-2805/2603

Fax: 0211-884-3517

Mail: [sigrid.beer@landtag.nrw.de](mailto:sigrid.beer@landtag.nrw.de)

[www.sigrid-beer.de](http://www.sigrid-beer.de)